

Klagen auf Entschädigung machen politischen Druck

Juristisch steht der Prozeß gegen die finanziellen und industriellen Kollaborateure des Apartheidregimes noch ganz am Anfang, doch er hat die öffentliche Diskussion über die Verantwortung internationaler Banken und Konzerne in Schwung gebracht.

Bei Gerichten in den USA sind bisher Klagen gegen die Schweizer Großbanken UBS und

Credit Suisse, gegen die Citicorp und IBM aus den USA und gegen die drei großen deutschen Geschäftsbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank formal eingereicht. Weitere Klagen werden noch in diesem Herbst folgen, kündigten sowohl Anwalt Ed Fagan und sein südafrikanisches Task Team an, als auch US-Anwalt Michael Hausfeld, der inzwischen offiziell von der südafrikanischen Kampagne für Entschädigung und Entschädigung engagiert wurde. Im Gespräch sind weitere Banken, Ölmultis wie Shell und Exxon sowie Konzerne, die in der elektronischen, militärischen und nuklearen Kollaboration mit dem Apartheidregime eine wichtige Rolle spielten.

Auch wenn sich manche deutschen Medien mehr mit der umstrittenen Persönlichkeit von Ed Fagan und der Höhe möglicher Entschädigungszahlungen und Anwaltshonorare beschäftigten, haben die Klagen jetzt schon bewirkt, daß mehr über die Verantwortung der großen Banken für

ihre Geschäfte im In- und Ausland diskutiert wird und daß die direkte und indirekte Unterstützung des menschenverachtenden Apartheidsystems nicht 50 Jahre unter den Teppich gekehrt werden kann. Darüber hinaus finden jetzt auch die sorgfältig recherchierten Beweise und Hintergründe der Kollaboration deutscher und internationaler Banken und Unternehmen mehr Beachtung, die Apartheidgegner seit vielen Jahren als kritische Aktionäre bei den Hauptversammlungen der Banken vortrugen und veröffentlichten. Sie können sowohl auf der juristischen Ebene genutzt werden als auch für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Kampagne. Die Klagen können außerdem dazu beitragen, die völkerrechtliche Doktrin der „odious debt“ (illegitime, verabscheuungswürdige Schulden) praktisch zu untermauern, auch wenn die bisherigen Gerichten vorgelegten Schriftsätze sich nicht auf diese Doktrin beziehen.

Besonders wichtig ist, daß nach US-Recht die beklagten Unternehmen vor dem Prozeß Einsicht in ihre Geschäfte mit Südafrika geben müssen, was sie bisher mit allen Mitteln vermieden haben. Vielleicht macht dieser Druck sie geneigter, einer politischen, außergerichtlichen

Fortsetzung Seite 2



Für Infostände und Veranstaltungen:
Das neue Faltblatt der Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika mit vielen Fakten und Infos zur Kampagne und zu den Apartheidschulden kann ab sofort bei KASA, Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg, auch in größerer Menge kostenlos bestellt werden.

Südafrika: Unterschiedliche Reaktionen auf die Klagen

Über 2000 Menschen riefen innerhalb weniger Wochen bei der neuen Hotline an, um sich als Opfer der Apartheid der Klage auf Entschädigung anzuschließen. Die Hotline selbst stieß auf einige Kritik, weil sie an den Gruppen und Organisationen vorbei eingerichtet worden war, die seit langem für Entschuldung und Entschädigung eintreten, und möglicherweise falsche Erwartungen auf hohe individuelle Entschädigungssummen weckt. Erzbischof Tutu, der die Sammelklage vorsichtig unterstützte, mahnte als ehemaliger Vorsitzender der Wahrheits- und

Versöhnungskommission eine besondere Sensibilität bei der Zeugenbefragung an, damit die Opfer nicht erneut traumatisiert werden. Der letzte Apartheid-Präsident Südafrikas, F.W. de Klerk, meinte, die Klagen schadeten, weil sie rassische Spannungen vertiefen und internationale Unternehmen abschrecken könnten. Das Regime habe für die Apartheidpolitik nicht die Unterstützung ausländischer Banken gebraucht und die meisten Kredite seien an staatliche oder halbstaatliche Unternehmen gegangen, die mit Apartheidpolitik nichts zu tun gehabt hätten. ■



Fortsetzung von Seite 1

Klagen machen politischen Druck

Einigung und freiwilligen Entschädigungsleistung zuzustimmen, wie sie die Kampagne seit Jahren vorschlägt.

Bisher haben die beklagten Unternehmen jede Verantwortung zurückgewiesen und sich mit Äußerungen in der Öffentlichkeit sehr bedeckt gehalten. Möglicherweise nehmen sie die Klagen auch nicht ernst genug, weil Ed Fagan von manchen als mediengerechter Schaumschläger betrachtet wird. Doch der Anwalt hat sich in den letzten Wochen zurückgenommen und auch öf-

fentlich klargemacht, daß die Federführung in südafrikanischen Händen liegt. Ende August kündigte der bekannte Menschenrechtsanwalt und ehemalige Leiter der Untersuchungseinheit der Wahrheits- und Versöhnungskommission, Dumisa Ntsebeza, als Richter beim Arbeitsgericht, um in den USA das Task Team für die Klagen zu leiten. Auch John Ngcebetsha erklärte für das Task Team, nicht eine Einzelperson stehe im Rampenlicht, sondern die Sache selbst und die Opfer der Apartheid.

Handel im Interesse des Südens?

BMZ sieht KOSA-Forderungen zu den Verhandlungen berücksichtigt

Am 27. September starteten in Brüssel die Verhandlungen der EU mit den Ländern bzw. Regionen Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) über die „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“. (Siehe KOSA-Info Nr. 3) Das Netzwerk der ehemaligen Anti-Apartheid-Bewegungen in Europa, ENIASA, in dem KOSA aktiv mitwirkt, hatte im Februar dazu eine Kampagne begonnen. Mit einer Postkartenaktion, Briefen und Gesprächen sollten die jeweiligen nationalen Vertreter und die Brüsseler Institutionen bewegt werden, sich für fairere Handelsbeziehungen stark zu machen. Mit nur 250 ans BMZ verschickten Postkarten konnte in der Bundesrepublik jedoch kein großer Druck entfaltet werden. Auf einen Brief von KOSA antwortete die Ministerin am 12. September, viele Aspekte seien bereits in dem EU-Mandat berücksichtigt, und sie habe sich u.a. erfolgreich dafür eingesetzt, daß die Abkommen „auf den bereits bestehenden Marktzugangsregelungen für die AKP-Staaten aufbauen werden. Eine Verschlechterung der Marktzugangsbedingungen ist damit ausgeschlossen. Allerdings werden auch die AKP-Staaten ab 2008 Schritte zur Liberalisierung des Handels unternehmen müssen,

allerdings mit langen Übergangsfristen bis zu 12 Jahren. Die Europäische Union wird im WTO-Kontext auf eine größere Flexibilität für die Entwicklungsländer, insbesondere für LDC, hinwirken müssen (längere Übergangsfristen und spezifische Regelungen für Entwicklungsländer in Freihandelsabkommen)“. Es sei ihr Anliegen sicherzustellen, daß die Verhandlungen „entwicklungspolitischen Zielsetzungen entsprechen“ und das sei vor allem die Armutsbekämpfung in den AKP-Ländern.

Die Formulierung ist bezeichnend für ein entscheidendes Problem: Nicht die Ministerien für Entwicklungspolitik mit ihren Anliegen dominieren am Verhandlungstisch, sondern die Wirtschafts- und Agrarminister. Und die Agrarlobby Südeuropas ist nicht an einem freien Marktzugang der konkurrenzfähigen landwirtschaftlichen Produkte aus den AKP-Ländern und damit an Handelsabkommen im Interesse des Südens interessiert. Ihr müssen die ENIASA-Mitgliedsorganisationen aus den entsprechenden Ländern weiter auf die Finger schauen – und KOSA muß sich selbstkritisch fragen, ob sie die Postkartenaktion nicht besser mit mehr Druck ans Wirtschaftsministerium gerichtet hätte.

Wasser ist (k)ein Menschenrecht

Die meisten Nichtregierungsorganisationen sind enttäuscht über die mageren Ergebnisse beim Rio + 10 Gipfel in Johannesburg

Von Minimalkonsens und Schadensbegrenzung ist die Rede, wenn entwicklungspolitische und Umweltorganisationen die Ergebnisse des Erdengipfels von Johannesburg bilanzieren. Zwar wurde das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung nicht ausdrücklich den Regeln der Welthandelsorganisation unterworfen, doch Umweltschutz und Armutsbekämpfung wurden gegenüber der neoliberalen Politik auch nicht gestärkt. Vor allem die USA, aber auch die EU-Agrarlobby und die Erdölstaaten, blockierten verbindliche Vereinbarungen auf verschiedenen Gebieten.

Deshalb wird der konkrete Ziel- und Zeitrahmen zum Thema Wasser als Erfolg von Johannesburg besonders hervorgehoben. Danach soll bis zum Jahr 2015 die Zahl der Menschen halbiert werden, die keinen Zugang zu sauberem

Trinkwasser, keine Abwasserversorgung und keine sanitären Anlagen haben. Wer dieses Ziel wie umsetzen und finanzieren soll, bleibt allerdings unklar. Auch wurde der Zugang zu Wasser nicht als Menschenrecht in die Abschlußerklärung aufgenommen.

Entwicklungspolitische Organisationen befürchten, daß die Umsetzung der Wasser- und Abwasserziele den sogenannten Typ II Vereinbarungen überlassen bleibt, freiwilligen Vereinbarungen zwischen Privatwirtschaft, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, für die es keine Standards und Kontrollen gibt. Sie wurden in Johannesburg besonders stark propagiert. Ein Zugeständnis an alle – vor allem die USA –, die nachhaltige Entwicklung dem „freien“ Spiel des Marktes überlassen wollen?!

Impressum:

Herausgeber: KOSA e.V.

August-Bebel-Str. 62

33602 Bielefeld

Tel.: 0521 – 9864851

Fax: 0521 – 63789

e-mail: kosa@kosa.org

Verantwortlich im Sinne des
Presserechts, Redaktion und Lay-
out: Dorothee Pecko

Redaktionsschluß 26. 09. 2002

Druck: KDR, Bielefeld

Kein Gen-Mais als Hungerhilfe

Auch Bürgerorganisationen aus 45 Ländern Afrikas lehnen gentechnisch veränderten Mais aus US-Überschußbeständen als Nahrungsmittelhilfe für die Opfer der Dürre ab.

„Wir weigern uns, als Abladeplatz für kontaminierte Nahrung benutzt zu werden, die die Ländern des Nordens zurückweisen...“, heißt es in einer Erklärung der African Civil Society Group auf dem Gipfel in Johannesburg, „Es gibt genug Nahrung im Rest von Afrika (bereits von Tansania und Uganda angeboten) um die Dürregebiete mit Nahrung zu versorgen.“ Die Gruppen sehen, daß mit den gentechnisch manipulierten Nahrungsmitteln über verändertes Saatgut eine schleichende Kontrolle der afrikanischen Landwirtschaft durch das multinationale Agro-Business angestrebt wird.

Mit äußerst scharfer Kritik und unterschwelligem Druck hatte die US-Regierung reagiert, als Sambia nach einigem Zögern die Lieferung von gentechnisch manipuliertem Mais im Wert von 50 Mio. US-Dollar ablehnte. Auch Zimbabwe und Mosambik wollen keinen Genmais aus der in Europa unverkäuflichen US-Überproduktion,

die gleichzeitig eine indirekte Subventionierung der amerikanischen Farmer ist.

Das Recht auf eine eigene Entscheidung der Regierungen der Länder Afrikas betont auch der Evangelische Entwicklungsdienstes (EED). Ihr Welternährungsbeauftragter, Rudolf Buntzel-Cano: „Es würde selbst der US-Regierung nicht schwer fallen, auch gentechnisch nicht veränderten Mais für die Staaten, die sich hier in einer Zwickmühle befinden, zur Verfügung zu stellen. Ihre Weigerung, dies anzubieten, ist zynisch und ein untrauglicher Versuch, ihre dogmatische Haltung, die Gentechnik zu verharmlosen, auf dem Rücken der Hungernden auszutragen“. Die USA, so der EED, sollten ihre Nahrungsmittelhilfe zunehmend auf finanzielle Mittel umstellen, damit es den Empfängerländern selbst überlassen bleibt, wo und von wem sie die nötigen Lebensmittel kaufen. Kenia hatte Sambia Mais angeboten, Indien Reis und Weizen.

Landreform: Drohungen statt Taten

Nujoma warnt weiße Farmer, Südafrika verhaftet Demonstranten

Bei SWAPO-Parteitag Anfang August drohte Namibias Präsident Nujoma den „arroganten weißen Farmern“ mit Enteignung, wenn sie mit überhöhten Entschädigungsforderungen die geplante Landreform weiterhin unterliefen. „Die landlose Mehrheit unserer Bevölkerung wird von Tag zu Tag ungeduldiger.“ Leider muß diese Drohung eher als moralische Unterstützung für Zimbabwes Präsident Mugabe interpretiert werden, denn als Hinweis auf schnelle konkrete Taten für eine effektive Landreform 12 Jahre nach der Unabhängigkeit. Seitdem bekamen in Namibia erst 35.000 Bauern Land und fast eine Viertelmillion warten noch auf einen Acker. Für alle reichen die 192 Farmen bestimmt nicht, die von den weißen Besitzern nicht landwirtschaftlich genutzt werden und gegenwärtig zum Verkauf durch den Staat für die Verteilung im Gespräch sind.

Drei Wochen später wurden in Johannesburg bei einer friedlichen Demonstration 73 Angehörige der Landlosenbewegung (Landless People Movement, LPM) verhaftet, als sie im Vorfeld des Gipfel gegen die schleppende Umsetzung der Landreform und gewaltsame Vertreibungen

von besetztem Land protestierten. Mit äußerster Härte gingen Sicherheitskräfte im September gegen die Menschen vor, die sich gegen die Zwangsvertreibung aus einem privatisierten Hostel in Sebokeng wehrten.

Mit solchem Vorgehen und der Diffamierung der Landlosenbewegung will die Regierung demonstrieren, daß sie Zustände wie in Zimbabwe nicht zuläßt. Gleichzeitig hat die Land Claims Commission die Rückgabe von Land an die unter Apartheid Vertriebenen und Zwangsenteigneten beschleunigt. Nach offiziellen Angaben sollen Ende August knapp die Hälfte aller Fälle geregelt gewesen sein. Etwa 425 Mio. Rand seien für den Aufkauf von Land für die Rückgabe an die rechtmäßigen Besitzer und 1,2 Mrd. für die Entschädigung in den Fällen gezahlt worden, in denen das Land nach der Zwangsvertreibung entwickelt wurde. Bis Ende 2005 soll der gesamte Prozeß abgeschlossen sein. Zehn Jahre mehr gibt sich die Regierung für die versprochene Umverteilung von etwa 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche an landlose Bauern. Dieser Prozeß gehe sehr langsam, geben die Offiziellen zu.

AIDS-Medikamente viel zu teuer

TAC und COSATU leiten juristische Schritte ein

Die Treatment Action Campaign, TAC, und der Gewerkschaftsdachverband COSATU haben im September bei der südafrikanischen Behörde für Wettbewerbskontrolle eine Beschwerde gegen Boehringer Ingelheim und den britischen Pharmakonzern GlaxoSmithKline wegen Preistreiberie für AIDS-Medikamente eingelegt. Erkennt die Behörde den Mißbrauch der marktbe-

herrschenden Stellung an, sind individuelle Schadensersatzklagen und für die Firmen Strafen bis zu zehn Prozent des Jahresumsatz in Südafrika möglich. Die Kombitherapie kostet in Südafrika monatlich etwa 1200 Rand und ist damit für die Mehrheit unerschwinglich. Denn 40 Prozent der arbeitenden Bevölkerung verdienen weniger als 1000 Rand im Monat.



Was, wenn ein Nahrungsmittel aus der Wasserversorgung überlebens?

Infos - u.a. die beiliegenden Postkarten - und Aktionen werden die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) über die „Liberalisierung“ des Dienstleistungssektors (GATS), begleiten. KOSA trägt die Kampagne mit, weil es auch um die Privatisierung von Wasser im Südlichen Afrika und weltweit geht

Tagungen Termine

Wasser - Das Gold der Zukunft?

Das zweite KOSA-Seminar zum Thema Wasserversorgung und Privatisierung im Südlichen Afrika und in Deutschland, bei dem es vor allem um Erfahrungsaustausch, Information und Vernetzung für Projekt und Partnerschaftsgruppen, Initiativen und Vereine geht, wurde vom September verschoben auf:

4. - 6. Oktober, Bonn

Schnelle telefonische Anmeldung bei KOSA, Tel.: 0521-9864851, e-mail: kosa@kosa.org

Kirchen, Banken & Finanzsystem

Bei dieser Tagung wird u.a. thematisiert, welche Haltung die Kirchen zur Forderung nach Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika einnehmen und einnehmen sollten.

11. - 13. Oktober 2002 - Schmitten

Infos: Ev. Akademie Arnoldshain, Tel: 06084-944-0, e-mail: office@evangelische-akademie.de

Konflikte sprechen lassen

Um die Möglichkeiten und Grenzen der Darstellenden Kunst in der Konfliktbewältigung geht es beim entwicklungspolitischen Stammtisch der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) und des Weltfriedensdienst e.V. (WFD) mit der südafrikanischen Theaterwissenschaftlerin Hloniphile Dlamini

9. Oktober 2002, Haus der Demokratie, Greifswalder Straße 4, Berlin

Die anschließende Rundreise mit Hloniphile Dlamini geht nach Halle, Hannover, Wustrow, Mainz, Bonn, Salzburg und Wien.

Am **19. und 20. Oktober 2002** werden mit zwei weiteren Gästen aus Kapstadt bei einem Workshop in Berlin Methoden aus Darstellender Kunst und Musik praktisch ausprobiert.

Infos: WFD, Tel: 030 - 253990-20 oder e-mail: heineke@wfd.de

Forum zum EU - SADC Gipfel

Die Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika soll beim Forum der Nichtregierungsorganisationen zum Gipfel der EU mit den SADC-Staaten in Kopenhagen den ca. 200 Teilnehmern und etwa 50 Gästen aus dem südlichen Afrika vorgestellt werden und zum Mitmachen ermutigen.

4. - 6. November, Kopenhagen

Infos bei der KOSA-Geschäftsstelle, Tel.: 0521-9864851, e-mail: kosa@kosa.org

Wenn das Brot, das wir teilen...

Die Tagung beschäftigt sich mit den gegenwärtig laufenden Agrarverhandlungen der Welthandelsorganisation WTO, bei denen die Interessen des Nordens und des Südens aufeinanderprallen. Kontrovers diskutiert werden die Auswirkungen des globalen Handels mit Agrarprodukten auf die Ernährungslage im Süden und auf die einheimische Landwirtschaft.

8. - 9. November, Hofgeismar

Infos: Ev. Akademie Hofgeismar, Tel: 05671 - 881-118 (vormittags) und e-mail:

Ev.Akademie.Hofgeismar@ekkw.de

Jenseits der Arbeitsgesellschaft

Bei dem bereits traditionellen Südafrika-Seminar geht es in diesem Jahr um Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Deutschland und Südafrika.

Neben der Information über Selbsthilfen, Beschäftigungsprojekte und gewerkschaftliche Konzepte bleibt genügend Raum für den Erfahrungsaustausch von Soligruppen mit den Gästen aus Südafrika.

29. November - 1. Dezember, Hattingen

Infos: DGB Nord-Süd-Netz, Tel.: 0211-4301592, e-mail: manfred.brinkmann@dgb-bildungswerk.de

KOSA hat eine neue e-mail-Adresse und noch im Oktober gibt es den Internet-Auftritt mit neuem Logo und neuer homepage
kosa@kosa.org www.kosa.org

Aktionen vor Ort

Aachener Weltfest 2002

Südafrika Initiative stellt Entschuldung und AIDS in den Mittelpunkt

Am 31. August fand in der Aachener Innenstadt das alljährliche Weltfest statt, auf dem die lokalen Dritte-Welt- und Menschenrechtsinitiativen ihre Arbeit vorstellen, sowie mit internationalen Speisen und Getränken, Musik und Tanz für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Völker und Kulturen werben.

Wie jedes Jahr waren auch wir, die Aachener Südafrika Initiative (aSi), mit einem Informationsstand vertreten. Auf Stellwänden und in Gesprächen informierten wir über die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika. Dazu verteilten wir die Kampagnenzeitung und Faltblätter. Außerdem hatten wir einen Reader zum Verlauf der Kampagne mit Kopien der Reden von den Aktionärsversammlungen, dem Briefwechsel mit den Banken und einigen Zeitungsartikeln zusammengestellt.

In Gesprächen zeigten BesucherInnen überwiegend Interesse, einige wünschten weitergehende Information, aber es gab auch sehr kritische, ablehnende Äußerungen, die meistens am Beispiel Zimbabwe die gesamte Entwicklung und Politik im Südlichen Afrika als negativ und hoffnungslos darstellten.

Zum Thema AIDS stellten wir das *caring network* in Kapstadt vor, dessen Mitglieder sich um AIDS-Kranke kümmern, sie besuchen, sich ihre Sorgen anhören, sie teilweise pflegen bzw. Familienangehörige darin unterweisen. Eine Vertreterin dieser Initiative hatte uns kürzlich bei einem aSi-Treffen über ihre Arbeit berichtet. Diesen ersten Kontakte möchten wir ausbauen, und wir hoffen, langfristig vielleicht auch finanzielle Unterstützung für das *caring network* organisieren zu können.

aSi